

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

3.4.1913 (No. 90)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 90

Donnerstag, den 3. April 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14. (Fernsprech-
anschl. Nr. 951, 952, 953, 954), telegrafisch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P.
Eindrucksgebühr: die 6 mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Königlich Niederländischen Konsul Geheimen Kommerzienrat Dr. Profen in Mannheim die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Kommandeurkreuzes des Königlich Niederländischen Hausordens von Oranien zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 18. März 1913 gnädigst bewogen gefunden, dem Amtsvorstand Geheimen Oberregierungsrat Edmund Lang in Baden das Kommandeurkreuz zweiter Klasse Sächsischen Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 18. März 1913 gnädigst geruht, auf 1. Mai 1913

1. den Amtsvorstand Geheimen Oberregierungsrat Edmund Lang in Baden auf sein untertänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters und leidender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen und treu geleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen und

2. den vortragenden Rat im Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen Geheimen Legationsrat Heinrich Freiherrn von Red unter Verleihung des Titels Geheimen Oberregierungsrat zum Amtsvorstand in Baden zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 22. März 1913 gnädigst geruht, mit Wirkung vom 1. Mai 1913 den Sekretär beim Ministerium des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen, Legationssekretär Dr. Karl Scheffelmeyer unter Verleihung des Titels Legationsrat mit dem Rang eines Rats einer Kollegialmittelstelle zum Hilfsreferenten bei dem genannten Ministerium zu ernennen.

Gestorben:

am 22. März d. J.: Kaiser, Hugo, Finanzrat in Karlsruhe.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 14 Nr. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte beschlossen:

„Die §§ 9, 10 Nr. 1, 2, §§ 11 bis 13 des Versicherungsgesetzes für Angestellte gelten vom 1. Januar 1913 ab für die Beamten und Bediensteten der Großh. Badischen Hof-, Domänen-, Kameral-, Forst- und ähnlichen Verwaltungen einschließlich des Hofhalts Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin Luise sowie der Verwaltungen der Fideikommission des Großherzoglichen Hauses und der Privatbesitzungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.“

Karlsruhe, den 31. März 1913.

Großh. Ministerium des Innern.
von Bodman. Seltman.

Nicht-Amtlicher Teil.

Vor hundert Jahren.

2. April: Die Russen und Preußen (3000 Mann) unter General von Dornberg siegen über 2500 Franzosen und Sachsen bei Linzburg. Tod des Befehlshabers, General Baron Rotand.

Karlsruhe, 2. April.

Die neue Militärvorlage.

Die außerordentliche Silber- und Goldreserve.

Zu der Begründung zu den gestern im Wortlaut mitgeteilten §§ 4 und 5 des Gesetzes betreffend Änderungen im Finanzwesen heißt es:

Der § 4 handelt von der Beschaffung des Silberbestandes bis zur Höhe von hundertzwanzig Millionen Mark behufs Befriedigung eines außerordentlichen Bedarfs, für welchen hauptsächlich der Kriegsfall in Betracht kommt. Eine Verwendung könnte aber auch schon in Zeiten der drohenden Kriegsgefahr oder wegen einer aus sonstigen Gründen besonders unruhigen Gestaltung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse geboten sein, um

der Reichsbank die Befriedigung eines gesteigerten Zahlungsmittelbedarfs zu erleichtern. Insofern ist die Verwendungsmöglichkeit für die Silberreserve eine weitergehende als diejenige der Goldreserve (§ 5). Die Inanspruchnahme der Silberreserve würde nach den Vorschriften erfolgen, die der Bundesrat gemäß § 6 zu treffen hat.

Die Ansammlung der Silberreserve läßt sich mit einem Aufwande von rund 54 Millionen Mark durchführen, der mithin um etwa 66 Millionen Mark hinter dem Nennwert der Silberreserve zurückbleiben wird. Dieser Unterschiedsbetrag würde bei deren Verwendung im Kriegsfall dem Reiche nachträglich als Gewinn zuzurechnen. Der Vorschlag sieht außerdem die Heranziehung des Gewinns vor, der aus den laufenden Prägungen überhaupt erwachsen wird, wobei jedoch für das Rechnungsjahr 1913 die Einschränkung gemacht wird, daß nur der den Betrag von 10 750 000 M. übersteigende Überschuf in Anspruch genommen werden darf.

Mit Rücksicht auf den außerordentlichen Verwendungszweck der Silberreserve dürfte es gerechtfertigt sein, die für sie erforderlichen Prägungen außerhalb der im § 8 des Münzgesetzes bestimmten Prägengrenze von 20 Mark für den Kopf der Bevölkerung vorzunehmen. Dieser Kopfbetrag ist zwar durch die bis Ende Februar 1913 vorgenommenen Silberprägungen erst bis rund sieben Mark beansprucht, so daß an sich ausreichende Pragemengen übrig bleiben würden, um die Silberreserve zu bilden. Da jedoch der Umfang der laufenden, lediglich dem Friedensbedarf dienenden Prägungen nicht mit Sicherheit zu übersehen ist, empfiehlt es sich, ihnen den größeren Spielraum zu belassen.

Zufolge § 5 des Entwurfs sollen die Mittel zur Beschaffung der Goldreserve im Wege einer entsprechenden Vermehrung der Reichskassenscheine zu 5 und zu 10 M. gewonnen werden. Die Kosten für die Herstellung dieser Reichskassenscheine bezifferten sich auf rund 1 750 000 Mark. Darnach würde das Reich für die Beschaffung der beiden Reserven etwa 55,750 Millionen Mark aufzubringen haben, ein Aufwand, der im Vergleich zu der Tragweite der zu schützenden Interessen nicht zu hoch erscheint.

Indem § 6 die Verwaltung der Silber- und Goldreserve der Aufsicht der Reichsschuldenkommission unterstellt, folgt er nur der Übung, die auch bei anderen für bestimmte Zwecke gebildeten Vermögensmassen befristet worden ist, z. B. bei dem Reichskriegsfonds, bei dem Reichstagsgebäudefonds, beim Reichsfestungsbaufonds, beim Reichsinvalidentfonds und beim Hinterbliebenenversicherungsfonds.

Der „Köln. Ztg.“ zufolge wird sich die Behandlung der Vorlagen im Reichstag so gestalten, daß bereits am Donnerstag Fraktionsitzungen stattfinden, denen einige sühnende Lage folgen, damit der Meinungsaustrausch innerhalb der Fraktionen gefördert werden kann. In der zweiten Aprilwoche soll sodann die erste Lesung der Vorlagen beginnen, die voraussichtlich eine Woche in Anspruch nehmen dürfte. Zur geschäftlichen Behandlung der Vorlagen soll der Voranschlag gemacht werden, die Heeresvorlage der Budgetkommission zu überweisen, die den Militäretat noch zu beraten haben wird und die mit der Staatsberatung noch zwei Wochen beschäftigt sein wird. Die einzelnen Steuergesetze sollen einer besonderen Kommission, ähnlich wie bei der Finanzreform, zur Einzelberatung überwiesen werden, damit diese Vorlagen sofort nach der ersten Lesung der Kommissionsberatung unterzogen werden können. Man hofft, auf diese Weise in der Hauptphase das Schicksal der Steuergesetze in der Kommission bis Pfingsten entscheiden zu können. Während der Pfingstferien hätte alsdann die Regierung Gelegenheit, über strittige Punkte in den beiderseitigen Auffassungen Verhandlungen mit den Parteien zu pflegen. Das Kriegsministerium legt nach wie vor Wert darauf, die Heeresvorlagen bis Pfingsten verabschiedet zu sehen, da durch die Vorlagen, die zu einem gewissen Teile bereits am 1. Oktober in Kraft treten werden, auf militärischem Gebiete umfangreiche Vorarbeiten notwendig werden.

Weitere Bestimmungen zur Heeresvorlage.

Die nationalliberale Presse ist in der Aufnahme der Heeresvorlage darin einig, daß dem Reich zu geben ist, was es zu seinem Schutz nötig hat und bezieht einmütig die Vertiefung unserer Mäntel. Ebenso stimmt sie darin überein, daß in der Deduktionsfrage jedenfalls bei aller Kritik die Par-

tei zur Erreichung der erforderlichen Summen mitarbeiten müsse. Die Kritik geht, wie der „Schwäb. Merkur“ feststellt, vorerst in erster Linie auf den Wehrbeitrag, wo mit großer Einmütigkeit die Dinauffegung der Vermögensgrenze auf etwa 20 000 M. und als Ersatz die Herabsetzung der Grenze der „großen Einkommen“ auf etwa dieselbe Höhe verlangt wird. Über die grundsätzliche Seite der Steuerfragen geben die „Berl. N. Nachr.“ folgende Ausführungen: „Zunächst möchten wir allen denjenigen recht geben, die in der Gesamtheit der vorliegenden Steuerpläne jedes System vermissen. Das ist aber ein Mangel, unter dem jede Finanzreform leiden wird, so lange nicht das Finanzgenie geboren ist, das die Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten nach großen, einheitlichen Gesichtspunkten ordnet. Ob jemals ein solches Genie entstehen wird, muß man bezweifeln. Man kann schließlich die Finanzen des Reiches dauernd auf eigene Füße stellen, ohne an die Finanzquellen der Einzelstaaten heranzugehen. Tut man dies aber, so kürzt man den Bundesstaaten ihr wichtigstes Hoheitsrecht und untergräbt letzten Endes die staatsrechtlichen Grundlagen des Deutschen Reiches. Wer eine wirklich ergiebige, allgemeine direkte Reichsteuer verlangt, muß sich klar sein, daß er damit den Weg zum demokratisch-nationalen Einheitsstaat betritt. Wer auf dem verfassungsmäßig festgelegten Boden des Föderalismus steht, wird somit alle jene Maßregeln notwendigerweise bekämpfen müssen. Hier klaffen Gegensätze, die eben in der Struktur des Reiches tief begründet sind, und darum konnte auch der neueste Finanzentwurf der Regierung den einheitlichen Zug in der Lösung nicht bringen. So wird man sich denn hüben und drüben bescheiden müssen und die Deduktionsvorlage als das Hinnehumen, was sie unter den gegebenen staatsrechtlichen Verhältnissen sein mußte, als ein Kompromiß. Somit wird sich auch die Kritik mehr mit den einzelnen Steuervorschlägen und ihrer Ausgestaltung beschäftigen müssen.“

Der „Straßburger Post“ wird aus Berlin geschrieben:

Feststeht bis heute nur, daß alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme einig sind in dem Bestreben, dem Reich zu geben, was es zu seiner Wehrfähigkeit braucht. Wie weit bei der Militärvorlage Abstriche ohne Gefährdung jenes Zweckes möglich sind, kann sich erst in der Kommission herausstellen. Einig sind sich ganz offenbar auch alle bürgerlichen Parteien in der Anerkennung des Grundzuges der Wehrbeitragsvorlage, daß diesmal die Besitzenden und Vermögenden die Hauptlast tragen sollen. Man wird zahlreiche Einzelausstellungen an der Ausgestaltung der Vermögensabgabe geltend machen, wird das Veranlagungsverfahren kritisieren, die Staffelung der Abgaben verlangen, die Freigrenze für Vermögen von 10 000 M. auf 20 000 M. hinaufschrauben, die großen Einkommen schon früher als von 50 000 M. an heranzuziehen, die großen Vermögen der Isten Hand, die Börsengewinne einzureihen versuchen, über die Beitragspflicht der Fürsten Genaueres zu erfahren bestrebt sein, sich über die Erfassung des mobilen und des immobilien Kapitals ranfen, aber schließlich und im ganzen einen Weg gemeinsam beschreiten, der sich von dem in der Regierungsvorlage gewiesenen nicht allzuweit entfernt. Dagegen bleibt alles im Dunkel, sobald man vorherwissen will, wie sich die Beratung der Vorlagen über die dauernden Ausgaben schließlich gestalten. Hier kommt eben alles darauf an, welche der drei möglichen Wehrbeitragsgruppen schließlich zustande kommt und ihren Willen durchsetzt: ob Zentrum und Rechte, ob Zentrum und Sozialdemokratie oder ob Liberale und Sozialdemokraten. Aus inneren und äußeren Gründen ist die zweite Möglichkeit die unwahrscheinlichste. Aber auch wenn nur die beiden anderen ernsthaft miteinander ringen sollten, etwa wie bei der Finanzreform von 1909, sind die Ergebnisse nicht abzusehen.

Auf jeden Fall wird es nicht ohne langwierige Kämpfe abgehen. Eine schnelle und schmerzlose Bewilligung wie bei den letzten Heeresvorlagen des vorigen Jahres ist diesmal ausgeschlossen. Aber Kampf ist Leben, nur der verbitternde, gehässige Kampf schädigt die Nation. Wünschen wir also, daß über den heftigen Parteifechten der nächsten Wochen niemals vergessen werde, daß es sich in höherem Maße als sonst um die Sicherung unserer nationalen Existenz, um eine Angelegenheit des Gesamtvolkes handelt, dem schließlich jede Partei dienstbar sein will.

Die „Vossische Zeitung“ bemerkt:

„Die vorigen Finanzreformen“ sind nicht zuletzt mit der unabweisbaren Notwendigkeit begründet worden, die Einzelstaaten vor höheren Matrikularbeiträgen zu schützen; mußte man sie ihnen doch mehrfach hundert! Und jetzt kehrt man zu der alten Mißwirtschaft zurück. Freilich, die Matrikularbeiträge sind der klägliche Ersatz für die Besitzsteuer, die sich im Nox der Verbündeten Regierungen überhaupt nicht findet, nicht als dauernde Reichsvermögenssteuer, nicht als Erbschaftsteuer. Das Reich erklärt sich für ohnmächtig, diese Aufgabe zu lösen, und schiebt sie, ganz wie die Konservativen verlangen, den Einzelstaaten zu.

Der „Vorwärts“ schreibt:

„Weitens schlimmer aber ist das Attentat auf die Verfassung, das die Regierung mit ihren Steuervorschlägen begeht. Herr v. Bethmann-Hollweg hat sich dem Rechtspruch Heydenbrands gefügt. Die Regierung will den Reichstag zugunsten der Privilegienlandtage entrichten. Herr v. Oldenburg kann triumphieren, das Portemonnaie der Besitzenden soll geschützt, das Deutsche Reich wieder zum Stoffgänger der Länder herabgedrückt werden.“

Der „Batriische Kurier“ äußert sich folgendermaßen:

„Das Bedenklichste ist aber die Kontrolle, die dem Reiche zugestanden werden soll, ob die von einem Bundesstaat vorgesehene Steuerform eine Besitzsteuer im Sinne der grundlegenden Reichsgesetze ist. Darüber soll der Bundesrat

entscheiden. Das ist die prinzipielle Überzeugung des selbständigen Charakters der Bundesstaaten, die damit einer bisher noch nie dagewesenen Inspektion des Reiches unterstellt werden. Wir können uns nicht denken, daß hier Parteien und Regierungen, die an dem förderativen Charakter des Reiches festhalten, mitgehen können. Wir sind bereit zu Opfern im Interesse der Wehrhaftigkeit unseres Vaterlandes, aber sie dürfen nicht aufgebracht werden unter Hintanhaltung der Grundsätze der Gleichberechtigung und unter Aufgabe der Grundlagen des Reiches, die in feierlichen Verträgen beschlossen sind.

In der Mannheimer „Volkstimme“ lesen wir:

„Für die Sozialdemokratie ist die Route, die sie einzuschlagen hat, klar gegeben. Sie wird alles zu tun haben, um die Annahme der Heeresvorlage aus außerpolitischen wie innerpolitischen Gründen zu verhindern. Findet sich aber doch eine bürgerliche Mehrheit, die blind genug ist, der Regierung in den Wahnsinn zu folgen, dann wird sie alle Kräfte anstrengen, um zu erreichen, daß die Lasten der neuen Vorlage möglichst reiflos den Besitzenden auferlegt, und daß die Minderbemittelten gesichert werden.“

Die Balkankrise.

Im Vordergrund der Ereignisse steht die von den Großmächten beschlossene Flottendemonstration gegen Montenegro, das nunmehr den Mächten mitgeteilt hat, daß es dem Verlangen nach Einstellung der Feindseligkeiten um Skutari herum nicht Folge leisten werde. Die Mächte sind einmütig gewillt, diesen Widerstand zu brechen. Das offiziöse „Wiener Fremdenblatt“ erklärt in seiner letzten Nummer u. a.: Die rascheste Durchführung der Flottendemonstration gegen Montenegro erweist sich also umso notwendiger angesichts der Meldungen über eine fortgeschrittene starke Beschießung Skutaris, sowie der ablehnenden Antwort Montenegros gegenüber den Forderungen der Großmächte. Serbien nahm — entgegen seiner ausdrücklichen Zusage — einem Beschlusse hinsichtlich Albaniens sich zu fügen, an den Kämpfen um Skutari teil. Die Durchführung der Flottendemonstration stehe unmittelbar bevor. Soweit bisher bekannt, nehmen an der Demonstration nebst Österreich-Ungarn Deutschland und England teil. Betreffend Frankreich steht noch die Entscheidung aus. Rußland, das keine Kriegsschiffe im Mittelmeere hat, wird sich an dieser Demonstration nicht beteiligen. Die Flottendemonstration sei aber von allen Mächten beschlossen worden und trage daher internationalen Charakter. Die halbige Regelung der Angelegenheit sei umso notwendiger, als den Balkanstaaten kein Zweifel darüber gelassen werden dürfe, daß bei aller bisher gezeigten Bereitwilligkeit der Großmächte, diesen Wünschen entgegenzukommen, eine nachträgliche Vereitelung europäischer Beschlüsse absolut unmöglich sei.

Drahtlich wird noch weiter zu der Angelegenheit gemeldet:

Paris, 1. April. Der Belgrader Korrespondent des „Matin“ meldet: Ein serbischer Staatsmann und Freund des Ministerpräsidenten Pašić habe ihm gesagt: Ich glaube, man darf den Schritt der Mächte nicht tragisch nehmen. Die Mächte haben vor dem Kriege gesagt, daß die Balkanstaaten keinen Zoll breit des eroberten Gebietes erhalten würden und Sie wissen, wie seither ihre Ansichten sich geändert haben. Es ist für die Ehre des serbischen und montenegrinischen Heeres notwendig, Skutari einzunehmen. Wenn Skutari nämlich gefallen ist, werden sich die Großmächte mit der vollendeten Tatsache abfinden. Es scheint mir durchaus unwahrscheinlich, daß die Großmächte einen europäischen Krieg um Skutari willen riskieren, welches Serbien und Montenegro zu viel Blut gekostet hat, als daß sie darauf verzichten könnten. Daher hat auch König Nikola erklärt, daß er nicht lebend nach Cetinje zurückkehren werde, wenn er Skutari nicht einnehme. Weiter meldet derselbe Berichterstatter, daß am Samstag zwölf serbische Infanteriebataillone mit Artillerie und Kavallerie vor Skutari angelangt seien. Falls kein Gegenbefehl eintreffe, werde heute mit dem gesamten Angriff begonnen werden. Oberst Bojanovič werde den Oberbefehl über die serbischen und montenegrinischen Truppen innehaben.

Berlin, 1. April. Der kleine Kreuzer „Breslau“ hat Befehl erhalten, sich zur Teilnahme an der in Aussicht genommenen Flottendemonstration an der montenegrinischen Küste in die Adria zu begeben.

Wien, 1. April. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Cattaro: Gestern liefen hier mehrere österreichisch-ungarische Kriegsschiffe in der Richtung nach Antivari aus. Sie stehen unter dem Kommando des Konteradmirals Mjogowan. Eine Kreuzerdivision, die ebenfalls ausgelaufen ist, steht unter dem Kommando des Konteradmirals Fiedler. — Dasselbe Blatt meldet weiter: Heute nachmittag fand unter dem Vorsitz des Ministers des Äußern, Grafen Berchtold, eine marin-politische Besprechung statt, der auch der Kriegsminister Krobatin, Marinekommandant Saus und sechs höhere Marineoffiziere beiwohnten. Die Besprechung galt der Erörterung der Operationen der Flottendemonstration und der eventuellen Blockade der montenegrinischen Häfen.

Malta, 1. April. Das Neutercische Bureau meldet: Der britische Panzerkreuzer „Defence“, der soeben hier eingetroffen ist, erhielt den Befehl, morgen mit dem Chef des Marinekriegsstabs, Konteradmiral Troubridge, an Bord wieder in See zu gehen. Man glaubt, daß der Kreuzer zusammen mit den anderen bereits im Osten befindlichen Kriegsschiffen an der gegen Montenegro geplanten Flottendemonstration teilnimmt.

Konstantinopel, 2. April. In der Antwortnote der Porte auf die Kollektivnote der Mächte heißt es: Von den friedlichen Bestimmungen der Großmächte überzeugt, nimmt die kaiserliche Regierung die in den erwähnten Mitteilungen vorgelegten Präliminargrundlagen in ihrer Gesamtheit an und vertraut

sich bezüglich der Wiederherstellung des Friedens den Großmächten an.

London, 1. April. Wie das Neutercische Bureau erfährt, hat Griechenland den Mächten eine energische formelle Erklärung abgegeben lassen, die die Ansprüche Griechenlands in Epirus zum Gegenstand hat. Während bekanntlich einige europäische Regierungen beabsichtigen, einen großen Teil der in Frage stehenden Gebiete dem neuen Albanien zuzuschlagen, schlägt Griechenland in seiner Erklärung vor, die Mächte sollten eine Kommission ernennen, die in der jetzt von Griechenland beanspruchten und vollständig von griechischen Truppen besetzten Gegend ein Plebiszit veranstalten soll. In der Erklärung heißt es weiter, daß keine griechische Regierung in der Lage sein werde, den Rückzug der Truppen aus den jetzt besetzten Stellen sicher zu stellen und daß außerdem es die Bevölkerung nicht zulassen werde, daß die Truppen, die sie befreiten, sie der türkischen oder albanesischen Herrschaft ausliefern.

Sofia, 1. April. Vorgestern nachmittag rückten die Türken in einer Stärke von ungefähr 8 Divisionen gegen den rechten Flügel der vor Tschatalbicha stehenden bulgarischen Armee vor. Der Vormarsch wurde durch das Geschützfeuer von 8 Kriegsschiffen unterstützt. Das Geschützfeuer wurde jedoch rasch zum Schweigen gebracht; sodann ging die bulgarische Infanterie zum Gegenangriff über und zwang die Türken im Bajonettkampf, sich in Unordnung zurückzuziehen. Gestern früh rückte ein türkisches Bataillon gegen Arnautkij vor, wurde jedoch von der bulgarischen Artillerie zum Rückzug gezwungen. In derselben Zeit marschieren 8 türkische Bataillone auf Janos, mühten aber infolge eines Gegenangriffes der bulgarischen Truppen in größter Unordnung die Flucht ergreifen, nachdem sie übergroße Verluste erlitten hatten.

Konstantinopel, 1. April. Der amtliche Kriegsbericht meldet: Gestern fand nur auf dem linken Flügel der Tschatalbichalinie ein Artilleriegefecht statt. Abends wurde eine bulgarische Truppenabteilung, die von der südwestlich des Flusses Klavita befindlichen Sammellinie zurückgehen wollte, von dem Artilleriefeuer unserer Truppen überzogen und dezimiert. Nach den Erzählungen gefangener Soldaten wurde das 15. Regiment des Feindes in dem Kampfe bei Buejuel-Tschelmebische fast vollständig aufgerieben.

Politische Übersicht.

* Zum Tode des Fürsten Heinrich XIV. j. L. Neuf. An den Beisetzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Fürsten Heinrich XIV. j. L. Neuf wird als Vertreter des Kaisers Prinz August Wilhelm von Preußen teilnehmen.

* Der Prinz von Wales machte am Montag den Rückweg von Bregenz bis Lindau im Wagen, von Lindau nach Friedrichshafen zu Fuß. Den Abend verbrachte der Prinz bei dem Grafen Zeppelin. Dienstag früh machte der Prinz mit Begleitung einen Spaziergang in der Umgebung Friedrichshafens. Um 10 Uhr vormittags erfolgte nach Verabschiedung von dem Grafen Zeppelin die Rückfahrt im Automobil. Sie führt über Meersburg, Salem, Heiligenberg, Tutzingen nach Stuttgart. Über den Aufenthalt im Kurgartenhotel hat der Prinz seine große Anerkennung ausgesprochen.

* Im preussischen Abgeordnetenhaus gedachte der Präsident Dr. Graf von Schwerin-Löwit des tragischen Hinscheidens des Königs der Hellenen und teilte mit, daß er dem griechischen Geschäftsträger die herzliche Teilnahme des Hauses zum Ausdruck gebracht habe, worauf dieser telegraphisch seinen Dank ausgesprochen hat.

* Streikaufrührungen in Kassel. In Kassel kam es dieser Tage zu einer großen Ausschreitung streitender Möbelträger gegen Arbeitswillige. Zahlreiche Revolver-schüsse wurden abgegeben. Ein Beteiligter wurde durch einen Schuß, mehrere andere durch Stöße schwer verletzt. Viele Fensterscheiben wurden zertrümmert. Eine Anzahl Beteiligter ist verhaftet worden.

* Sozialdemokratische Protestversammlungen gegen die Wehrvorlage. Die Sozialdemokraten wollen ihre Aktion für die preussischen Landtagswahlen dadurch einleiten, daß sie große Protestversammlungen gegen die Wehrvorlage unternehmen. In Berlin sollen diese am 6. April beginnen. Stimmung ist für diese Protestversammlungen nirgends vorhanden. Selbst in radikal-sozialistischen Kreisen verheißt man sich nicht, daß die Sozialdemokratie nicht den geringsten Grund habe, der Ausbringung der Mittel für die Wehrvorlage unsympathisch gegenüber zu stehen. Selbstverständlich wird man dafür eintreten, daß die kleinen Vermögen von 10—30 000 M. steuerfrei bleiben.

Zeitungsstimmen.

* Maurer und Richter. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vergleichen das Einkommen eines Maurers mit dem Einkommen eines Richters:

„Der Maurer kommt mit 14 Jahren in die Lehre. Er verdient in der Regel schon als Lehrling im ersten Jahre 15 Pf., im zweiten Jahre 25 Pf., im dritten Jahre 35 Pf. die Stunde. Dann erhöht sich der Lohn auf durchschnittlich 65 Pf. die Stunde. Vom 20. Jahre ab verdient er den vollen Gesellenlohn, der jetzt 67 Pf. für die Stunde beträgt. Das 21. und 22. Lebensjahr sind Militärjahre, in denen der junge Mann kein Einkommen hat. Dann verdient er wieder den vollen Gesellenlohn. Der Richter werden will, muß zunächst sein Maturitätsexamen machen. In der Regel ist er dann 20 Jahre alt. Dann muß er mindestens 3½ Jahre studieren. Zumeist wird er hierauf sein Freiwilligenjahr abdiene. Dann folgt eine 1½jährige unentgeltliche Tätigkeit als Referendar beim Amtsgerichte. In den weiteren 2½ Jahren des Vorbereitungsdiens bekommt er in der Regel jährlich 1200 M. Nach dem zweiten Examen erhält der Gerichtsreferendar jährlich etwa 1½ Jahr lang, gleichfalls 1200 M., dann 2 bis 3 Jahre 2400 M., dann 1 bis 2 Jahre 3000 M. und schließlich 3600 M. Gehalt. Dazu kommt in den letzten Jahren durchschnittlich 300 M. Wohnungsgeld. Inzwischen ist der Jurist, bis er die Anstellung als ordentlicher Richter erlangt, durchschnittlich 35 Jahre alt geworden, vorausgesetzt, daß er nicht beim Studium oder sonst Zeit zugeht hat. Die Gegenüberstellung hat das überraschende Ergebnis: der Maurer verdient bis zum 35. Lebensjahre zusammen 26 115 M. Dabei ist dem Umstande, daß ein Teil der Maurer in strengen Wintern gelegentlich in seinem We-

ruse feiern muß, durch Einstellung einer hinter dem Sommer durchschnitte zurückbleibenden Stundenzahl und durch Nichtberücksichtigung aller Überstunden und Anfordrungen ausgiebig Rechnung getragen. Der Richter aber verdient, erst als Referendar und Assessor, vom 27. bis 35. Jahre zusammen 18 300 M. Hierbei ist noch gar nicht berücksichtigt, daß der Maurer vom ersten Tage an, wo er sich seinem Berufe zuwendet, zu einem großen Teile auf fremde Kosten gegen Krankheit, Unfall, Invalidität usw. versichert ist. Alles das hat der Jurist nicht. Nun sind die Kosten der Ausbildung, wenn man den Unterhalt im Elternhause bei dem Maurer und dem Juristen gleichermaßen außer Betracht läßt, beim Maurer gleich null. Beim Juristen aber betragen sie: in der Zeit vom 14. bis zum 20. Jahre (Gymnasium) 750 M. jährlich 4500 M., auf der Universität (jährlich 800 M.) 6300 M., im Freiwilligenjahre, Knapp gerechnet, 2000 M., und im Vorbereitungsdiensjahre: 1½ Jahre Referendar zu 1800 M. 2700 M., 2½ Jahre Vorbereitungsdiensjahre (Zuschuß aufs Jahr 600 M.) 1500 M., 1½ Jahre Assessor, ebenfalls Zuschuß aufs Jahr 600 M., 900 M., zusammen 17 900 M. Der Jurist hat also bis zu seinem 35. Jahre, wenn er Richter wird, rund erst das verdient, was seine Ausbildung gekostet hat. Das Durchschnittsalter des erwachsenen kräftigen Mannes beträgt 50 Jahre. Seht man die Berechnung bis dahin fort, so stellt sich das Einkommen eines Maurers wie folgt: Bis zum 35. Jahre beträgt es 26 150 M., in den weiteren Jahren verdient der Maurer im Jahre mindestens das gleiche wie seit seinem 31. Jahre, also 1575 M. jährlich, das macht 25 625 M. Insgesamt hat also ein Maurer bis zu seinem 50. Lebensjahre verdient 49 740 M. Der Richter verdient bis zum 35. Jahre 18 300 M. Er hat dann 3600 M. Gehalt, wozu noch ein Wohnungsgeldzuschuß von 300—450 M. kommt, so daß durchschnittlich mit 4000 M. Einkommen gerechnet werden kann. So das Gehalt alle drei Jahre um 600 M. steigt, so verdient der Richter drei Jahre 4000 M., gleich 12 000 M., drei Jahre 4600 M., gleich 13 800 M., drei Jahre 5200 M., gleich 15 600 M., drei Jahre 5800 M., gleich 17 400 M., drei Jahre 6400 M., gleich 19 200 M. Das sind zusammen 96 300 M. Hiervon sind die Aufwendungen für die Ausbildung abzuziehen in Höhe von 17 900 M., so daß ein Richter bis zu seinem 50. Lebensjahre ein Gesamteinkommen von 78 400 M. gehabt hat. Hierbei sieht man, daß unter Berücksichtigung der Ausbildungskosten der Richter erst nach dem 45. Lebensjahre mit seinem Arbeitseinkommen dasjenige des Maurers einholt. Jemandem, dem jahraus, jahrein, vorgepredigt wird, daß er im Klassenrat als Arbeiter zu Hungerlöhnen arbeiten muß und auf Kosten der anderen Klassen ausgebeutet wird, wird die vorstehende Betrachtung überraschend erscheinen.“

* Ausland.

Bern, 1. April. Im Bundesrat verteidigte gestern der Landwirtschaftsminister den Gotthardbahnvertrag. Die zugestandenem Tarifreduktionen müßten ohnedies aus verkehrspolitischen Gründen zugebilligt werden. Der Sprecher der Sozialdemokratie wandte sich gegen die Ratifizierung des Vertrages. Es sind noch 26 Redner eingeschrieben.

Paris, 30. März. Die Kammer hat gestern mit 336 gegen 219 Stimmen ein Amendement abgelehnt, das die Amnestie auch auf Deserteur ausdehnen wollte. Das Amendement war vom Kriegsminister bekämpft worden. Dagegen wurde ein gleichfalls von der Regierung bekämpfter Paragraph angenommen, nach dem denen, die sich nicht gestellt haben, Amnestie gewährt wird. Der Kriegsminister erklärte in der Rede, in der er den Antrag auf Amnestierung der Desertionen bekämpfte, daß seit 1908 die Zahl der Desertionen nicht weniger als 2400 bis 2500 und die Zahl derjenigen, die sich nicht gestellt hätten 9000—10 000 betrage. Eine Amnestierung der Desertionen würde geradezu eine Prämie auf die Fahnenflucht bedeuten. Die Regierung habe im Interesse der Manneszucht alle unerlässlichen Maßnahmen getroffen, um dem Zunehmen der Desertionen Einhalt zu tun.

Paris, 30. März. Der Bericht über die im Budgetauschuss für die Beschleunigung der nationalen Verteidigung bewilligten Kredite von 420 Millionen wurde gestern in der Kammer verteilt. Von diesen Krediten entfallen auf die Artillerie 214 Millionen, auf den Geniedienst 100 Millionen, auf den Intendantendienst 21 Millionen, auf den Eisenbahndienst 17 Millionen, auf die Pulverherzeugung 5 350 000 Franken, auf den Sanitätsdienst 2 600 000 Franken, auf den geographischen Dienst 100 000 Franken. Der von dem gegenwärtigen Ackerbauminister Clementel verfaßte Bericht schließt mit den Worten: Indem die Kommission von der Kammer die Genehmigung dieser Kredite verlangt, legt sie Wert darauf zu erklären, daß es sich um die natürliche und elementarste Maßnahme der nationalen Verteidigung handelt, die in keiner Weise als eine Drohung oder Herausforderung angesehen werden könne. Man kann nicht genug wiederholen, daß Deutschland in den letzten zehn Jahren für seine militärische Ausrüstung eine Milliarde mehr als Frankreich ausgegeben hat.

Paris, 1. April. Präsident Poincaré empfing heute vormittag das belgische Königs Paar, die dann das Frühstück bei dem Präsidenten einnahmen.

London, 1. April. Nach Erkundigungen in Windsor entspricht die Meldung, das Königs Paar würde 1913 mehrere europäische Gänge beenden, nicht der Wahrheit.

Madrid, 1. April. Der König unterzeichnete den französisch-spanischen Vertrag; die amtliche Veröffentlichung erfolgt morgen.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 2. April.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb zum Vortrag und erteilte sodann von 10 Uhr an den nachgenannten Herren Audienz: dem Geheimrat Professor Dr. ing. Baumeister und dem Verwaltungsgerichtsrat Dr. Klotz in Karlsruhe, dem Direktor der Heil- und Pflgeanstalt bei Konstanz Medizinalrat Dr. Oser, z. St.

in Illenau, dem Anstaltsarzt Medizinalrat Dr. Lumpy in Bruchsal, dem Baurat Gauger, Kollegialmitglied der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, dem Direktor des Lehrerseminars I Stulz in Karlsruhe, dem Oberförster Woll in Philippsburg, dem Ortsbaurat Hummel in Karlsruhe, dem ao. Professor Dr. Fühner an der Universität Freiburg, dem Notar Hausler in Krautheim, den Professoren Rothheimer in Wertheim, Dr. Ostern in Durlach, Hoff und Dr. Götz in Karlsruhe, Ballweg, Better und Schorf in Pforzheim, einer Abordnung des Vereins der badischen Reallehrer, bestehend aus dem Oberreallehrer Krolli in Karlsruhe und dem Reallehrer Steiert in Mannheim.

Am 12 Uhr traf Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Albrecht zu Schaumburg-Lippe mit Ihren beiden jüngsten Kindern hier ein. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin begrüßte die hohen Gäste am Bahnhof und geleitete dieselben zum Großherzoglichen Palais, wo um 1 Uhr Familienfrühstück stattfand. Nach 6 Uhr erfolgte die Rückreise der Schaumburg-Lippeschen Herrschaften nach Stuttgart. Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin gaben höchstselben das Geleit zur Bahn.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing hiernach den Oberzeremonienmeister Freiherrn von und zu Menzingen, der beauftragt ist, Seine königliche Hoheit bei der Beisetzung Seiner hochfürstlichen Durchlaucht des Fürsten Heinrich XIV. Reuß zu vertreten. Später hörte Seine königliche Hoheit den Vortrag des Geheimrats Dr. von Nicolai.

** Im vorigen Jahr ist an dieser Stelle auf eine Bestimmung des Einkommensteuergesetzes hingewiesen worden, die den Zweck hat, wirtschaftlich schwächeren Steuerpflichtigen eine besondere Vergünstigung zu gewähren. Da in den nächsten Monaten das Steuerabundzuschreiben stattfindet, sei hier an diese Bestimmung erinnert; sie handelt von der Steuerermäßigung und lautet: „Bei Steuerpflichtigen, deren steuerbares Einkommen den Betrag von 3000 M. jährlich nicht erreicht, kann der Schatzungsrat mit Zustimmung des Steuerkommisars auf Ansuchen besondere, die Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigende Verhältnisse — sofern sie nicht schon ohnedies auf die Höhe des steuerbaren Einkommens von Einfluß sind — in der Weise berücksichtigen, daß er die Steueranlage um höchstens 2 Steuerstufen ermäßigt oder, falls der Pflichtige hiernach in keine Steuerstufe mehr einzureihen ist, gänzliche Steuerfreiheit gewährt.“

Als Verhältnisse dieser Art kommen lediglich in Betracht: außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, Verpflichtung zum Unterhalt mittellose Angehöriger, andauernde Krankheit und besondere Unglücksfälle.“

Das zur Erlangung dieser Vergünstigung einzuhaltende Verfahren ist tunlichst einfach gehalten. Wer auf die Vergünstigung abhebt, hat nur beim Steuerabundzuschreiben schriftlich oder auch mündlich einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Die Steuerermäßigung kann nur in den erwähnten Fällen und nur dann gewährt werden, wenn durch die genannten Umstände eine außergewöhnliche Belastung und eine wesentliche Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit eines Steuerpflichtigen herbeigeführt wird.

Den Schatzungsräten ist durch die Zoll- und Steuerdirektion empfohlen worden, bei der Prüfung der Gesuche in einer den Pflichtigen durchaus wohlwollenden Weise zu verfahren.

Von der Vergünstigung der Steuerermäßigung ist in wachsendem Umfang Gebrauch gemacht worden. Nach den Steuerkatastern beträgt die Zahl der Steuerpflichtigen, welche die Vergünstigung genossen haben oder noch genießen, im Jahre 1911: 475, im Jahr 1912: 1968, im Jahr 1913: 4881. Von den im Jahr 1912 gestellten 3739 neuen Anträgen auf Steuerermäßigung sind nur 76, also rund 2 v. H. abgelehnt worden; in allen andern Fällen haben die Schatzungsräte die Ermäßigung bewilligt. Daraus geht hervor, daß die Bestimmung in der im Sinne des Gesetzgebers gelegenen wohlwollenden Weise angewendet wird.

Personalmeldungen aus dem Ober-Postdirektionsbezirk Karlsruhe (Baden). Angenommen: zu Postamtsleitern: Wilhelm Bernauer in Appenweier, Heinrich Benz, Joseph Droll, August Friedenauer, Julius Galleri, Emil Gug, Rudolf Kailer, Ernst Körbel, Eber Müller, Johann Odenfuß, Karl Ohlbad, Karl Pfeiffer, Emil Reichmann, Johannes Scheu, Jakob Schmitt, Friedrich Schüll, Gustav Teufel, Johann Better, Johann Weber, Ernst Welte, Joseph Wohlfaß in Mannheim, Matthias Die in Mannheim-Neudorf; zu Telegraphenamtsleitern: Georg Batt in Heidelberg, August Weber in Karlsruhe, Georg Heilmann, Karl Roe, Heinrich Schäfer, Emil Scherrer, Christian Stephan in Mannheim, Adolf Leicht in Pforzheim; zu Postgehilfen: Michael Baum in Mannheim, Richard Schneider in Karlsruhe; zum Telegraphengehilfen: Otto Gräßlin in Mannheim; zu Telegraphengehilfinnen: Maria Gaus in Weinheim, Karoline Bauer in Karlsruhe; zur Postagentin: Maria Jäger in Zimmer. — Befördert: der Ober-Postassistent: Ernst Groß von Staufen nach Karlsruhe; die Postassistenten: Ernst Weich von Stodach nach Durlach, Johann Grumbach von Bonndorf nach Tauberbischofsheim, Johann Willenbach von Berncastel-Cues nach Karlsruhe, Karl Schöps von Dortmund nach Mannheim. Freiwillig ausgeschieden: die Telegraphengehilfin: Klippe Förster in Durlach.

oc. Bretten, 1. April. Der Bürgerausschuß genehmigte die Summe von 110 000 M. für Einführung der Elektrizität, ferner die Einführung einer Gemeindesteuer für Warenhäuser.

Stühlingen, 31. März. Zwecks Besprechung eines Eisenbahnprojektes Freiburg-Neustadt-Galsau-Büsch, durch dessen Zustandekommen der Schienenweg Freiburg-Büsch um 23 Kilometer verkürzt und der Fremdenverkehr, der bisher den Weg über Basel vorzog, den kürzeren Weg über den Schwarzwald wählen würde, fand am 24. ds. im hiesigen Hotel „Post“ eine Versammlung statt, auf der von 25 interessierten Gemeindegliedern 20 vertreten waren. Referent war Kantonsrat Schlatter-Unterhallau. Die Versammlung faßte einen Beschluß, in dem das Zustandekommen einer direkten Normalbahnverbindung Freiburg-Neustadt-Galsau-Büsch als nach Kräften anstreben- und förderungswert bezeichnet wird und wählte zu diesem Zweck ein Komitee aus drei badischen und zwei schweizerischen Vertretern mit dem Auftrag, die Angelegenheit möglichst rasch in die Hand zu nehmen.

oc. Freiburg, 31. März. Am Samstag nachmittag verabschiedete sich General von Deimling, der nunmehrige Kommandeur des 15. Armeekorps in Straßburg, von den Truppen der Freiburger Garnison. Mannschaften hatten im Hof der Nordtore Aufstellung genommen, wo General von Deimling eine kurze Ansprache hielt, in welcher er in den beiden Freiburger Regimentern den guten Geist und die strammeucht lobte. Am Sonntag vormittag versammelten sich die Militärvereine Freiburgs im Hof der Karlskaserne, um sich von General von Deimling zu verabschieden. Der 1. Gauvorsteher, Oberstleutnant z. V. Weis, dankte dem scheidenden General für alles, was dieser für die Militärvereine getan, worauf General von Deimling das schöne kameradschaftliche Verhältnis in den hiesigen Militärvereinen lobte. Der letzte öffentliche Abschiedsgruß des scheidenden Divisionskommandeurs galt der Freiburger Jugendwehr, die General von Deimling selbst ins Leben gerufen und gefördert hat. Am Sonntag nachmittag versammelte sich die Wehr auf dem Karlsplatz, wo der General sich mit kraftvollen aufmunternden Worten von den Jungen verabschiedete.

oc. Schönnau i. B., 1. April. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der Kandidat des Zentrums Amtsaktuar Franzisk gewählt.

oc. Billingen, 1. April. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderats wurde der Vorschlag für das Jahr 1913 festgestellt. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf rund 930 977 M., denen eine Einnahme von 600 118 M. gegenübersteht. Zur Bestreitung des ungedeckten Aufwandes von rund 240 859 M. wird eine Umlage von 38 Pf. auf Liegenschafts- und Betriebsvermögen, 16 Pf. auf Kapital und 60,5 Proz. auf 1 M. Staatsseinkommensteuerfuß neben einer Bürgergehaltungsabgabe von zusammen rund 2002 M. erhoben.

oc. Konstanz, 1. April. Der Bürgerausschuß genehmigte den zwischen der Stadt Konstanz und den Kraftwerken Bregenz-Weiß abgeschlossenen Vertrag zur Lieferung elektrischer Energie, ferner die Erweiterung des Elektrizitätswerkes und des Leitungsnetzes, sowie den hierzu nötigen Kredit in Höhe von 175 000 M. Der Vertrag mit den schweizerischen Kraftwerken wurde auf eine Zeitdauer von 20 Jahren abgeschlossen.

St. L.-A. Am 31. März waren — soweit Berichte vorliegen — im Großherzogtum durch Maul- und Klauenseuche im Amtsbezirk Dörrach in 1 Gemeinde 2 Ställe, durch Schweineseuche und Pest in 6 Amtsbezirken 10 Gemeinden und 20 Ställe verheert, und zwar in den Amtsbezirken Waldkirch, Nehl, Mannheim und Tauberbischofsheim je 2 Gemeinden und in den Amtsbezirken Freiburg und Einsheim je 1 Gemeinde.

Aus der Residenz.

* Bismarckfeier. Der Nationalliberale und Jungliberale Verein veranstalteten vorgestern abend im kleinen Saale der Festhalle einen Familienabend zum Gedächtnis des Fürsten Bismarck. Der Besuch war sehr gut. Geh. Hofrat Rebmann hielt die Festrede, der sich Unterhaltungen verschiedener Art anschlossen.

* Elsa Laura von Holzogen, die bekannte Lautenführerin, hat sich für ihr diesjähriges Konzert den 8. April gewählt. Das Konzert wird im Künstlerhaus stattfinden, dessen Saal für solche Veranstaltungen besonders gut geeignet ist. Das Arrangement besorgt die Hofmusikalienhandlung Hugo Rumb, Nachf. Kurt Reufelst, Kaiserstraße 114.

* Volkstümliches Sinfonieconcert. Das Programm des letzten volkstümlichen Sinfonieconcerts der Leibgrenadierkapelle in der Festhalle (16. April) enthält im 1. Teil Werke von Beethoven, im 2. Teil solche von Grieg und die Musik zu „Peer Gynt“ und den Quiligungsmarsch zu Björnsens „Sigurd Jorsalfar“.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die Balkankrise.

Paris, 2. April. Angesichts der ablehnenden Haltung Montenegros hält man die Flottendemonstration in diplomatischen Kreisen jetzt für unvermeidlich. Frankreich ist bereit, sich ihr anzuschließen, vorausgesetzt, daß das verbündete Rußland ihm klar und deutlich das Mandat erteilt, es zu vertreten. Die Antwort aus St. Petersburg, die nicht zweifelhaft erscheint, wird unverzüglich erwartet.

Wien, 2. April. Die „Reichspost“ meldet zu den serbischen Truppentransporten nach Nordalbanien: 16 griechische Dampfer mit 6000 Mann serbischen Truppen und 3 Haubitzenbatterien passierten, begleitet von 6 griechischen Kriegsschiffen bereits die Höhe von Korfu. Weitere 20 Transportdampfer mit serbischen Truppen für Albanien sind angefündigt. In Saloniki trafen am Montag 5 serbische Militärlzüge mit 180 Waggons ein.

Saloniki, 2. April. Wie aus Eleuthera gemeldet wird, ist es dort zwischen Griechen und Bulgaren zu einem Zusammenstoß gekommen. Einzelheiten fehlen noch. Eine bulgarisch-griechische Militärkommission ist gestern zur Untersuchung der bekannten Vorfälle nach Nigrite abgereist.

Paris, 2. April. Der „Excelsior“ berichtet, daß es dem Herzog von Montpensier trotz der von den Griechen ausgeübten strengen Überwachung gelungen sei, am Bord seiner Yacht „Melong“ in Balona zu landen. Der Herzog sei von der provisorischen Regierung Albanien und von

der Bevölkerung mit großer Begeisterung empfangen worden. Nach dreitägigem Aufenthalt habe der Herzog Balona wieder verlassen.

Berlin, 2. April. Der Reichstag trat heute wieder zusammen. Der Präsident begrüßte die Anwesenden, die nach der Osterpause zu neuer ernster Arbeit zwecks Lösung hochwichtiger tief einschneidender Fragen zusammengekommen seien und gedachte weiter des Todes des Fürsten Heinrich XIV. von Reuß j. L., dessen Andenken das Haus in Ehren halten werde. Er machte weiter Mitteilung davon, daß er aus Anlaß des furchtbaren Attentates auf den König von Griechenland dem griechischen Geschäftsträger das Mitgefühl des Hauses zum Ausdruck gebracht, wofür dieser mit warmen Worten gedankt habe.

Brüssel, 2. April. Das Appellationsgericht hat in dem Prozeß der Prinzessinnen Stephanie und Luise von Belgien gegen den Nachlaß des Königs Leopold von Belgien das Urteil gefällt. Die Klage ist abgewiesen und das Urteil der ersten Instanz bestätigt worden. Ausgenommen ist der die Niederfüllbacher Stiftung betreffende Teil des Urteiles, da dieser als in Belgien nicht existierend angesehen wird.

Verschiedenes.

Frankfurt a. M., 31. März. Das Luftschiff „Victoria Luise“, das noch in der hiesigen Luftschiffhalle in Winterquartier liegt, wird vom 5. April ab bei gutem Wetter größere und kleinere Passagierfahrten unternehmen.

Ohligs, 1. April. Infolge einer Vergiftung durch verdorbenes Fleisch erkrankten im Solinger Bezirk 100 Personen. Außer in Ohligs kamen Erkrankungen in Gräfrath, Solingen, Wald, Bohnwinkel, Wittmann und Elberfeld vor. Ein Fabrikbesitzer aus Gräfrath ist sofort nach seiner Einlieferung im Krankenhaus gestorben. Mehrere Erkrankte schweben noch in Lebensgefahr.

Oblig, 2. April. Die Zahl der infolge Vergiftung erkrankten Personen im Solinger Bezirk ist bereits auf über 300 gestiegen. In Solingen-Wald und Hahnscheid sind allein 121 Personen in Behandlung. 300 Fälle sind amtlich gemeldet.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe: V.: Georg Schilling, Sanitäts-fergeant. — V.: Franz Roth, Hausdiener. — V.: Alfred Willmann, Schmied. — V.: Karl Scherer, Stadtagelöhner. — Ein Mädchen: V.: Franz Ruhn, Erbarbeiter. — V.: Ernst Spittler, Bäckermeister. — V.: Lud. Wurck, Kaufmann. — V.: Wilhelm Dürr, Bäcker.

Eheschließungen. Emil Guit von hier, Schlosser hier, mit Amalie Lang von Bruchhausen. — Karl Rehn von Mannheim, Kaufmann in Neutlingen, mit Luise Wischoff von Raftat.

Todesfälle. Felix Klotz, Kaufmann, ledig. — Katharina Treyer, Diakonissin, ledig. — Christian Gutbrodt, Metzger, Chemann.

Weiterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 2. April 1913.

Das gestern über der Nordsee gelegene Tiefminimum ist bis zum Weichselgebiet gezogen; jenes über Italien besteht fort und die Hauptdepression im Nordwesten hat abgenommen. Hoher Druck erstreckt sich in Zungenform von Südwesten her weit in das Binnenland herein. In größten Teil Deutschlands ist das Wetter noch trüb und vielfach regnet es noch; die Temperaturen sind meist etwas gesunken. Da das Barometer anhaltend steigt so scheint sich der hohe Druck weiter binnwärts auszubreiten; es ist deshalb wechselnd bewölkt, trocken und untertag etwas wärmeres Wetter zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 2. April, früh:

Lugano bedeckt 6 Grad, Biarritz wolkenlos 7 Grad, Triest halbbedeckt 14 Grad, Brindisi wolkenlos 13 Grad, Florenz bedeckt 12 Grad, Rom Regen 13 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

April	Barom. mm	Therm. in C.	Wol. hoch in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
1. Nachts 9 ^U	752.3	9.4	7.1	80	SW	Regen
2. Morgs. 7 ^U	755.7	6.9	5.3	72	"	bedeckt
2. Mittags. 2 ^U	755.5	10.6	4.9	51	"	"

Höchste Temperatur am 1. April: 12.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 6.4.

Niederschlagsmenge, gemessen am 2. April, 7^U früh: 0.8 mm.

Wasserstand des Rheins am 2. April, früh: Schusterinsel 1.77 m, gestiegen 7 cm; Rehl 2.73 m, gestiegen 3 cm; Maxau 4.16 m, gefallen 4 cm; Mannheim 3.48 m, gefallen 9 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Bioson kräftigt!

Stets Neues

bringt der Anzeigenteil für die Leser der Karlsruher Zeitung. Besuchen Sie sich bitte bei Einkäufen auf das Angebot.

Ein Kunde sagt

„... nach 6000 km ist an den Decken noch fast keine Spur von Abnutzung des Gummis zu sehen.“
Im gleichen Sinne äußern sich über den

Continental Pneumatik

zahlreiche uns freiwillig gesandte Zuschriften.



Continental - Caoutchouc- und
Gutta-Percha-Co., Hannover.



Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Brehhefe-Fabrikation vorm. G. Sinner, Karlsruhe-Grünwinkel.

Hauptbilanz per 31. Dezember 1912.

Aktiva.		Passiva.	
Ein Grundstücks-Konto	1 491 306,37	Per Aktien-Kapital-Konto	7 000 000,—
Fabrik- u. Gebäude-Konto	4 036 177,54	„ Obligations-Konto	1 203 000,—
„ Wirtschaften-Konto	4 091 800,—	„ Hypotheken-Konto	2 802 352,32
„ Sonstige Immobilien	481 571,45	„ Geschl. Reservefonds	3 881 700,—
„ Werkschaffens-Konto	1 446 851,37	„ Spezial-Reserve, Versicherungen- u. Delcredere-Kto.	1 757 672,48
„ Effekten-Konto	1 751 126,49	„ Pensionsfonds-Konto	394 205,67
„ Beteiligungs-Konto	1 460 600,—	„ Arbeiter- Wohlfahrts-Konto	25 659,49
„ Produktionsrechts-Konto	—	„ Sparkassen-Konto	191 004,94
„ Weis	600 000,—	„ Dividenden-Konto	800,—
„ Waren-Vorräte	5 052 454,79	„ Konto-Korrent-Konto	7 074 527,40
„ Bar, Wechsel und Steuer-scheine	241 196,99	„ Abal-Konto	1 283 620,50
„ Abal-Konto	1 283 620,50	„ Erneuerungs-Konto	600 000,—
„ Konto-Korrent-Konto	5 360 400,28	„ Gewinn- und Verlust-Kto.: Vortrag aus 1911	69 287,10
		Reingewinn pro 1912	1 013 275,88
			1 082 562,98
			26 013 485,28

Gewinn- und Verlust-Konto auf 31. Dezember 1912.

Soll.		Haben.	
Ein Unkosten-Konto	382 343,34	Per Gewinn-Vortrag aus 1911	69 287,10
„ Interessen-Konto	247 702,49	„ Betriebs-Uebersehuf pro 1912	2 373 321,71
„ Dubiosen-Konto	50 000,—		
„ Abschreibungen	680 000,—		
„ Gewinn- u. Verlust-Konto: 14% Dividende	910 000,—		
„ statutarisch u. vertagl. Anteile	101 692,24		
Vortrag auf neue Rechnung	70 870,74		
	2 442 608,81		2 442 608,81

Der Dividendschein Nr. 27 gelangt mit
140.— für die Aktien Nr. 1-6000,
70.— für die Aktien Nr. 6001-7000 zur Auszahlung

in Karlsruhe-Grünwinkel bei der Gesellschaftskasse,
in Karlsruhe bei den Herren Straus & Co. oder der Rheinischen Creditbank,
in Mannheim bei der Rheinischen Creditbank oder der Süddeutschen Dis-
kontogesellschaft A.-G.,
in Frankfurt a. M. bei dem Bankhaus E. Ladenburg,
in Berlin bei dem Bankhaus E. Schlegel & Co.
Karlsruhe-Grünwinkel, den 1. April 1913. E.436

Haushaltungs-Institut Schen-Hörtrich, Bensheim a. d. Bergstr. Gründl. hauswirtschaftliche und gesellschaftl. Ausbildung. Auf Wunsch tegl. Unterricht. Prospekt und Ref. durch die Post. E.48.7.1

Auslosung von Schuldverschreibungen.

Bei der am 20. ds. Mts. stattgehabten Auslosung der auf 1. November ds. Jrs. zur Heimzahlung gelangenden Schuldverschreibungen des Anlehens der Stadt Durlach vom Jahre 1906 wurden gezogen:

- Lit. B zu je 2000 M. Nr. 1, 90, 159, 220 und 331.
- Lit. C zu je 1000 M. Nr. 56, 97, 173, 250, 320, 356 u. 573.
- Lit. D zu je 500 M. Nr. 105, 127, 164, 237, 347 u. 561.
- Lit. E zu je 200 M. Nr. 31, 32, 58 und 93.

Die Inhaber der Schuldverschreibungen werden hiermit mit dem Anfügen in Kenntnis gesetzt, daß mit dem 31. Oktober ds. Jrs. die Verzinsung der gezogenen Stücke aufhört; deren Einlösung kann bei der Stadtkasse Durlach, bei der Kreislichen Zentralgenossenschaftskasse in Berlin und beim Bankhaus Delbrück, Schindler & Co. in Berlin erfolgen.

Von den auf 1. November v. Jrs. zur Heimzahlung ausgelassenen Schuldverschreibungen wurden bis heute noch nicht eingelöst:

- Lit. B Nr. 70.
- Lit. C Nr. 408 und 410.
- Lit. D Nr. 21, 420 und 448.
- Durlach, den 29. März 1913.

Der Gemeinderat,

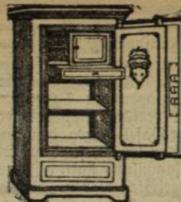
Briefmarken der Kreuz- und Bergstr. Gründl. hauswirtschaftliche und gesellschaftl. Ausbildung. Auf Wunsch tegl. Unterricht. Prospekt und Ref. durch die Post. E.48.7.1

Einige gespielte Pianinos

sind sehr preiswert mit 5-jähriger Garantie zu verkaufen bei
Ludwig Schweisgut, Hofl.,
Erbsprinzenstraße 4.

Motten!

und anderes Ungeziefer nebst Brut werden unter Garantie vernichtet. Beschädigung der Polster, Stoffe u. ausgef. E. Telgmann Nachf.,
Telephon 2244, Adlerstraße 4.



Kassenschranke
Bücher- und Akten-
schranke, Kassetten,
moderne, gediegene Bauart. Fabrikation
u. Lager. Katalog gerne zu Diensten.
KARL KNOLL
Telephon 1038 FREIBURG i. B. Kaiserstraße 23

„COLOP“

(farbiges Karbolium)

besten und billigsten Anstrich für alles Holz und Mauerwerk.
Muster u. Prospekt gratis. Wiederverkäufer u. Vertreter gesucht.
Fink & Co., Asperg 7 (Württhg.)

Handels-Hochschule Karlsruhe Sommer-Semester 1913.

Rechtswissenschaft. Der unlaute Wettbewerb nach deutschem Recht.

Dozent: Herr Oberlandesgerichtsrat Mainhard, Karlsruhe.

Jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr. Beginn: 18. April.

Volkswirtschaftslehre. Die deutsche Industrie, Entwicklung der gegenwärtigen Organisation.

Dozent: Herr Professor Dr. von Zwierved-Südenhorst, Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr. Beginn: 15. April.

Spezialgebiete der Technik. Wassernutzung. (Wasserkraftausnutzung und Wasserversorgung usw.)

Dozent: Herr Oberbauamt Rath von der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr. Beginn: 24. April.

Kunstgeschichte. Einführung in das Wesen und in die Geschichte der Architektur.

Dozent: Herr Oberbauinspektor Dr. Hirsch von der Großh. Bezirksbauinspektion Bruchsal.

Jeden Montag, abends 8 1/2 Uhr. Beginn: 14. April.

Die Befuchungsgebühren betragen für das Sommersemester:

1. Für sämtliche Kurse für Anfänger, 2. Für einen Semesterkurs

3. Für einen Kurs für Fortgeschrittene

Anmeldungen gegen Vorauszahlung der Befuchungsgebühren werden in folgenden Buchhandlungen entgegengenommen:

1. Dielefeld's Buchhandlung, Wilh. Jodraus, E. Kumbt,
2. Lind's Buchhandlung, Weststadt-Buchhandlung Bruno Lange,
Karlsruhe, April 1912. E.443

Das Kuratorium.

Der Verwaltungsaktuar

Leitfaden zur Vorbereitung auf die
Prüfung der Verwaltungsaktuale

Veröffentlicht mit Genehmigung Großh. Ministeriums
des Innern von

5. Freiherr von Bodman.

Dritte Auflage
bearbeitet von Regierungsrat Jacob.

Preis gebunden M 3.20.

Der Bürgermeister: »Es scheint uns deshalb diese Bearbeitung insbesondere empfehlenswert für Gemeindebeamte, hauptsächlich auch für Bürgermeister und Ratschreiber.«

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom
Verlag der G. Braunschen
Hofbuchdruckerei, Karlsruhe (Baden)

seit 2. vomourger
Karlsruhe i. B. und
Pfälzische Bank in Lud-
wigshafen a. Rh. und deren
übrigen Niederlassungen
zur Rückzahlung gelangen.
Die Verzinsung der ausge-
losten Obligationen hört mit
dem 1. Juli ds. Jrs. auf.
Weinheim i. B., 1. April 1913.
Der Vorstand:
Wm. Diedemann.
W. Plaz, A. v. Frndt.

Bürgerliche Rechtspflege.

b. Freiwillige Gerichtsbarkeit.

2426.9 Achern. Der Land-
wirt Hermann Döber in Dns-
bach hat beantragt, den ver-
schollenen Josef Döber, Land-
wirt, zuletzt wohnhaft in
Dnsbach, für tot zu erklären.

Der beidnete Verschollene
wird aufgefordert, sich
spätestens in dem auf
Donnerstag, 23. Oktbr. 1913,
vormittags 9 Uhr,
vor dem unterzeichneten Ge-
richt anberaumten Aufgebots-
termin zu melden, widrigen-
falls die Todeserklärung er-
folgen wird.

An alle, welche Auskunft
über Leben oder Tod des Ver-
schollenen zu erteilen ver-
mögen, ergeht die Aufforderung,
spätestens in dem auf
Donnerstag, 26. März 1913,
vormittags 9 Uhr,
Großh. Amtsgericht.

Verchiedene Bekanntmachungen.

Laubholzverfeuerung

des Forstamts Ottenhöfen:
Donnerstag den 10. April,
vormittags halb 12 Uhr im
Engel in Ottenhöfen: Aus
Domänenwald I. 55, 58, 67,
71 und 73 lagernd an der
Braunbergstraße und Straße
Herrn J. Döber (Gut-
bezirk der Forstwirte
Schwarz in Lautenbach und
Suber in Liebach): Buchen:
166 I.-V., Ahorn: 54 IV,
bis VI., Eichen: 24 II.-V.,
Almen: 2 V., mit im ganzen
123 fm. Auszüge durch das
Forstamt. E.524

Reichseisenbahnen
in Elsaß-Lothringen.

Verkauf

von 2 Dampfmaschinen, Bau-
art Jolly, Maschinenfabrik
Görlitz, von 700 PS., 2500
Umdrehungen, mit angekop-
pelten Gleichstromdynamos
von 500 KW., für 440 Volt,
der Siemens-Schuldt-Werke
in Berlin nebst Oberflächen-
stromerzeugungsanlagen, Kon-
densat- und Kühlwasserpum-
pen sowie Kühlturm, Bauart
Walke, findet am 17. April
1913, vormittags 10 1/2 Uhr,
in dem Verwaltungsgebäude
der Kaiserlichen Generaldirek-
tion hier, Zimmer Nr. 12,
statt. Die Frist für die Er-
füllung des Vertrages läuft
bis 21. Juni 1913. Zuschlags-
frist 10 Tage. E.440

Die maßgebenden Bedin-
gungen sowie der Angebots-
bogen liegen in den Stations-
büros zu Mühlhausen und
Straßburg zur Einsicht auf
und können von dem Rech-
nungsbureau, Druckmaschinen-
teilung, gegen kostenfreie Ein-
sendung von 0,50 M. für eine
Ausfertigung bezogen wer-
den.
Straßburg, 28. März 1913.
Kaiserliche Generaldirektion
der Eisenbahnen in Elsaß-
Lothringen.

Gemeinsames Best für den Wechselverkehr deutscher Bahnen untereinander.

Mit Gültigkeit vom 1. April
1. Jrs. ist der Nachtrag 26 aus-
gegeben worden. Er enthält
Veränderungen u. Ergänzungen
des Haupttarifs und kann
durch Vermittlung der Abfer-
tigungsstellen und unseres
Verkehrsbureaus käuflich be-
zogen werden. E.534

Karlsruhe, 2. April 1913.
Großh. Generaldirektion der
Bad. Staatsbahnen.

Süddeutsche-österreich. Verkehr.

Zum Teil II, Heft A (Mila-
metergeiger) erscheint auf 1.
April 1913 der Nachtrag II.
Abdrücke sind durch die Sta-
tionen u. das Verkehrs-bureau
der Generaldirektion zum Preis
von 15 Pf. für das Stück zu
erhalten. E.533

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.

Karlsruhe, 30. März 1913.
Großh. Generaldirektion